

DIE LINKE kämpft

Beschluss der 2. Tagung des 8. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Landesverband Sachsen-Anhalt am 5. und 6. März 2022 in Leuna

DIE LINKE wieder stark machen: Deshalb sind nach der Bundestagswahl Hunderte neu zu uns gekommen. Sie wollen Teil von etwas sein, das richtig ist. Also sagen wir selbstbewusst Willkommen. Und machen wir gemeinsam DIE LINKE wieder stark. Wir sind die Partei des Friedens und der Solidarität. DIE LINKE kämpft für Löhne und für Renten, die Sorgen nehmen, nicht Sorgen machen. Wir wollen von den Reichen mehr fürs Gemeinwohl, nicht Lobbygelder für Parteien. Wir gendern, aber vor allem sehen wir, die Würde, Freude und Schönheit jedes Menschen und wollen, dass niemand diese verächtlich macht.

Nach den verlorenen Wahlen ist uns klar, die richtige Forderung allein, die reicht noch nicht. DIE LINKE kämpft um Sichtbarkeit, Geschlossenheit und um Vertrauen. Politische Repräsentanz wandelt sich. Zentrale Fragen der Klimagerechtigkeit werden auf der Straße mit mehr Vehemenz gestellt als in den Parlamenten. Daneben entwickelt sich Selbstorganisation gegen übermächtige Kapitalinteressen und gegen die Spardiktate der öffentlichen Haushalte: Bundesweit versammeln sich Menschen zu Antikriegs- und Klimaprotesten, in der Mieter:innen- und Krankenhausbewegung und bei antirassistischen Initiativen wie „unteilbar“. Gleichzeitig wachsen in der Pandemie Gewalt und Verschwörungstheorie. Die Parteiendemokratie wird herausgefordert durch Angriffe von rechts und Erfolge populistischer Kommunikation. Selten zuvor standen Entscheidungsträger:innen, politische Systeme und Handlungsweisen so im weltweiten Vergleich wie in Zeiten der Pandemie.

In Sachsen-Anhalt dominieren die Kämpfe um die Finanzierung von Schulen und Universitäten, die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum und die Aufrechterhaltung des Schulunterrichtes. Im Parlament sind lagerübergreifende Koalitionen, wie jetzt im Bund, schon längst Alltag. Die seit der letzten Landtagswahl mit der FDP eingegangene Koalition dürfte mehr nach dem Geschmack der ostdeutschen CDU sein als die KENIA-Koalition zuvor. Entgegen der erstaunlichen Wahlkampfmobilisierung ist die CDU, gerade die in Sachsen-Anhalt und im Osten generell, kein Bollwerk gegen rechts, sondern der Brückenschlag zur AfD. DIE LINKE in Sachsen-Anhalt hat dieser Augenwischerei immer deutlich widersprochen. Wir kämpfen im Land gegen die Auswirkungen von Kürzungs- und Niedriglohnpolitik und die Langzeitfolgen des Treuhandkassenschlags. Für Geringverdiener:innen ist Obst und Gemüse zum Luxusgut geworden, die gestiegenen Energiepreise sind für viele nicht mehr leistbar. Während andere Bundesländer die Kita kostenfrei machen, klettern die Beiträge in Sachsen-Anhalt in die Höhe.

Unser Landesverband ist ein ostdeutscher. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt macht daher nicht nur Politik für europäischen Zusammenhalt, für globalen Frieden und Klimaschutz, sondern auch und besonders für Ostdeutschland. Der Osten bringt seine besondere Geschichte mit. Diese Geschichte wird vom Westen als Ballast angesehen, weil die vergleichende Perspektive auf zwei Systeme und die Eigentumsfrage nicht erwünscht ist. Eben dies gehört in unseren Augen zu Ostkompetenz dazu.

Die Fundamente einer selbsttragenden Wirtschaft im Osten wurden vor 30 Jahren zerschlagen. Nicht nur die maroden, auch die tragfähigen. Wichtige Potenziale in der Nachwendegesellschaft wurden gezielt blockiert. Das ist mehr als ein Kratzer im Lack der deutschen Wiedervereinigung. Eine ganze Generation fehlt im Osten. Der generelle Fachkräftemangel zeigt sich hier schon zugespitzter als in Westdeutschland. Bezahlbare Pflege und barrierefreies Wohnen und Leben werden zunehmend elementar. Mit dem notwendigen Ausstieg aus der Kohle verliert Sachsen-Anhalt die letzten Kerne der alten Bergbau-Industrie. Der Umbau der Reviere muss daher nicht nur in mehr Grün im Landschaftspark münden, sondern auch im Auf- und Ausbau zukunftsfähiger Wirtschaft, Forschung und Infrastruktur in Sachsen-Anhalt. Die Menschen in der Region dürfen nicht wieder enttäuscht werden. Die Entwicklung neuer, gut bezahlter und nachhaltiger Arbeitsplätze ist die entscheidende Größe für gelingenden Strukturwandel.

Im Osten verfestigen sich antidemokratische und rassistische Stimmungen. Die Ablehnung der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung werden eingewoben in eine Widerstandserzählung gegen angebliche staatliche Willkür. DIE LINKE war immer Anlaufpunkt für antifaschistisches und demokratisches Engagement. Gerade auch in Regionen, wo Rechtsextreme stark waren und sind. Aus unserer Solidarität schöpfen wir Kraft und wir geben den Betroffenen rechter Gewalt Halt. Antifaschismus und Antirassismus in der LINKEN ist Teil unseres historischen und kulturellen Selbstverständnisses, ist gelebter Widerstand und Selbstermächtigung.

Sachsen-Anhalt befindet sich auch unmittelbar im Spannungsfeld von Krieg und Frieden unter anderem durch das Gefechtsübungszenrum in der Colbitz-Letzlinger Heide. Hier bereiteten sich gerade zu Beginn dieses Jahres wieder tausende Soldaten aus vielen europäischen Ländern auf ihren Einsatz in Krisengebieten vor, darunter Spezialisten, die innerhalb weniger Tage an jedem Ort der Welt einsatzbereit sein sollen.

DIE LINKE fordert deshalb seit Jahren als einzige Partei konsequent das Verbot von Waffenexporten und keine Ausbildung wie oben genannt. Dazu fordern wir: Die Colbitz-Letzlinger Heide muss wieder friedlichen Zwecken und dem Naturschutz sowie Tourismus dienen.

Solidarität oder Ellenbogen

Die neue Bundesregierung hat enttäuscht, bevor sie noch im Amt war: Die Steuerentlastung für Normal- und Geringverdiener:innen ist mit der FDP nicht zu machen, weil sie den Vermögenden verpflichtet bleibt. Damit starten SPD und Bündnisgrüne mit dem Bruch eines zentralen Wahlkampfversprechens in die Regierung. Die Pläne zur Zerschlagung der Bahn waren ein erster Testballon für die Akzeptanz erneuter Privatisierungen. Weiter geht es also im alten Modus, den wir schon aus der Coronapolitik kannten: der Staat kann solange machen, wie es den Reichen nützt. Gleichzeitig werden nun Modernisierungen des Landes angekündigt, die die konservative Union schmerzhaft lange blockiert hat. Die neue Bundesregierung will das Staatsbürger- und das Wahlrecht liberalisieren, Paragraph 219a und das Transsexuellengesetz sollen endlich abgeschafft werden. Diese Koalition gibt an Freiheit mit vollen Händen aus,

wogegen sie an Umverteilung spart. Ein Gutteil des Zuspruchs (für Grüne und Liberale) ist eben auch der Hoffnung der Wähler:innen geschuldet, man bekomme die großen Zukunftsaufgaben schon irgendwie gelöst innerhalb des kapitalistischen Systems.

Und gerade deshalb ist es wichtig, dass wir da sind als linke Opposition, als unbestechliche soziale Kraft. Wir verteidigen jeden Schritt, der Frauen das Recht über ihren Körper gibt. Wir sind an der Seite derer, die sich ihr Selbst und ihr Leben in Widerspruch zu falschen Normen erkämpfen müssen. Wir wollen einen Staat, der die Bürgerrechte mit den Menschenrechten zusammen denkt. Aber wir wissen auch, dass Freiheit eine soziale Basis braucht, dass Zusammenhalt auf gleichen Rechten, aber auch auf ähnlichen Lohnzetteln basiert. Demokratie zeigt in unseren Augen ihre Kraft, wenn sie allen Kindern unabhängig von den Möglichkeiten des Elternhauses die bestmögliche Bildung bietet, wenn sie Steuergerechtigkeit herstellt und den Selbstbedienungsladen ganz weit oben stoppt. Doch das alles packt die Ampel nicht an. Immer mehr Haushalte verlieren Einkommen und Kaufkraft, die Mittelschichten schrumpfen, sozialer Aufstieg ist blockiert wie lange nicht. Statt eine Rentenreform anzugehen, will die Ampel mit der Aktienrente an der Börse zocken. Dieses Ausblenden sozialer Schiefenlagen gilt auch für Klimaschutz und Verkehrswende, für den ökologischen Umbau der Gesellschaften, wenn der Energieverbrauch letztlich eine Frage des Preises ist.

DIE LINKE neu justieren

Es wird Zeit, unsere Gewissheiten zu prüfen. Und uns dabei nicht zu zerlegen, da warten andere nur darauf. Welche Rolle hat eine „Partei in Bewegung“, wenn Bewegungen stärker werden, DIE LINKE aber nicht? Warum können Solist:innen, die es doch in allen Parteien gibt, bei der LINKEN so viel Scheinwerferlicht beanspruchen? Welche Funktion hat DIE LINKE in der parlamentarischen Demokratie, die herausgefordert ist von rechts? Sagen wir Bündnispolitik „ja“, opponieren „ja“, aber regieren „jein“? Wir sind bei dieser Bundestagswahl angetreten mit Konzepten, die erst mal durchgesetzt sein wollen: Der Umbau der Krankenversicherungen zu einer Bürgerversicherung für alle. Ein Rentensystem, das den Lebensstandard auch ohne privates Aktiendepot garantiert. Ein Mindestlohn, der Existenz sichert und nicht schnurstracks in die Altersarmut führt. Ein Steuerkonzept, das weit mehr ist als eine Millionärsabgabe, das umverteilt, das vor allem mittlere und kleinere Einkommen stärkt. DIE LINKE steht nicht mit leeren Händen da. Aber mit leeren Versprechen, wenn Regieren per se abgelehnt wird. Die Abstimmung zur Evakuierungsmission aus Afghanistan ist deshalb mehr als die Frage einer Standortbestimmung, bei der es sicherlich gute Gründe für jedes individuelle Votum gab. Es geht vielmehr darum, dass wir uns in der (Bundes-)Politik etwas leisten, was in Regierungsverantwortung für DIE LINKE undenkbar ist: Wir werten ideologische Positionen höher als die Folgen unserer Entscheidungen. Wenn der Kampf um die Hegemonie innerhalb der Partei wichtiger als deren Relevanz in der Gesellschaft wird, dann verliert DIE LINKE. Das wissen wir seit Jahrzehnten, nun ist es höchste Zeit, daraus Lehren zu ziehen. Die Bundestagswahl und die vergangenen Wahlzyklen haben uns allerdings schmerzhaft gezeigt, wir verlieren und gewinnen nur gemeinsam.

Gesellschaftlicher Wandel vollzieht sich in neuer Schnelligkeit und Komplexität, die Digitalisierung ist mehr als technische Begleitmusik. Das Internet beeinflusst die Art, wie Menschen sich informieren, bilden und begegnen. Ganze Berufsgruppen verschwinden in der Automatisierung, dafür wächst eine neue Dienstleistungsbranche, die der ganz alten Dienstklasse ähnelt: Den Boten und Hausangestellten, Tagelöhner:innen und Lastenschleppern. Die Welt

vernetzt sich immer dichter, und baut gleichzeitig ihre Grenzzäune immer höher. Dieses Grundrauschen bestimmt das Denken und Fühlen der Menschen vielleicht mehr als dass es sich in unserer Arbeit niederschlägt. Der Wandel der Arbeitswelt, die Zweifel an der Stabilität von Staatlichkeit, Wohlstand und Sicherheit, die Folgen technischer Innovation für Demokratie, Frieden und Bildung sowie industrie- und finanzpolitische Expertise gehören stärker in unser Blickfeld. Hierzu brauchen wir neue programmatische Ansätze, die auch gesellschaftliche Debatten voranbringen.

Im Angesicht der großen ökologischen und sozialen Herausforderungen, des neuen Wechselspiels zwischen Zivilgesellschaft und Parlament und den Erfolgen charismatischer Politik auf der Welt erscheint die deutsche Parteienlandschaft noch vergleichsweise behäbig. Aber unter den Bedingungen immer kleinteiliger Wahlentscheidungen wird es nicht nur auf unsere Erkennbarkeit ankommen, sondern eben auch auf Anschlussfähigkeit. Bevor wir rote Linien ziehen, brauchen wir Verbindungen in eine Gesellschaft im Wandel. Könnten wir vielleicht nicht im Kampf für eine wirkliche Agrarwende, gesunde Lebensmittel und gerechteren Welthandel mehr für Frieden und Umweltschutz tun als mit der hundertsten Pressemitteilung zur NATO? Müssten wir nicht unsere sicherheitspolitischen Konzepte plausibler machen, gerade weil unsere Kritik so berechtigt ist, an Geheimdiensten, die bis heute die Aufklärung zum NSU-Terror verhindern. Wieso dreht sich die Welt, aber wir bleiben stehen?

Kräfte sammeln, Kräfte zeigen

Heben wir wieder den Kopf und bleiben wir zusammen. Unsere Kraft wurzelt im Ehrenamt. Eine Mitgliederpartei sitzt nicht auf Informationen, sondern gibt sie weiter. Die ostdeutschen Landesverbände stehen längst vor ähnlichen Strukturfragen wie die im Westen: Mitgliederentwicklung, Kampagnenfähigkeit, Kommunikation. Kreisvorstände kommen neu ins Amt und müssen Konflikte moderieren, die wir lange Zeit – im Osten – nicht kannten. Wir sind dankbar all denen, die Verantwortung übernehmen, im Ehrenamt, am Infostand, in den Vorständen, den Kommissionen der Partei. Und denen dankbar, die auch in der Krise standfest bleiben, die Partei vor Ort zusammenhalten. Und wir anerkennen, wenn Übergaben strukturiert werden und Genoss:innen neu in die Verantwortung kommen. Wir brauchen programmatische Erneuerung und eine Parteireform, um uns gesellschaftlichen Entwicklungen stellen zu können. Mehr Kraft gehört in die Ansprache neuer Mitglieder und die Einbindung derer, die da sind. Dazu soll die Mitgliederarbeit vom zukünftigen Landesvorstand evaluiert und weiterentwickelt werden. Für die Zukunft brauchen wir auch im Landesvorstand eine:n Mitgliederbeauftragte:n, die gemeinsam mit den Mitgliederbeauftragten der Kreis- und Stadtverbände regelmäßig zusammentritt, sich austauscht und Formate entwickelt. Ein jährliches Mitgliedertreffen soll genauso erprobt werden, wie regelmäßige Neumitgliedertreffen auf Kreis- und Stadtverbandsebene oder auch Landesebene.

Als aktive Mitgliederpartei ermöglichen wir Diskussionsräume, Begegnung und Austausch. Der Benndorfer Parteitag hat gezeigt, die Stärke der LINKEN besteht im Zuhören, darin andere Perspektiven aufzunehmen und den ländlichen Raum zu stärken. Gerade auch in Vorbereitung der Kommunalwahl wollen wir dieses Format wieder aufnehmen. In den kommenden Jahren werden wir mit Werkstätten die strukturelle und programmatische Weiterentwicklung unserer Partei vorantreiben. Dabei sind die neuen Online-Formate genauso essenziell für die Mitgliederbindung wie Aktiventreffen und sollten weiterhin ergänzend genutzt werden. Für uns als sozialistische Partei war es von Anfang an notwendig zusammen-

zukommen und uns auszutauschen. Unsere Partei lebt vom gemeinsamen Miteinander, sei es bei Aktionen, Demonstrationen, Basis- oder Ortsverbandssitzungen, Mitgliederversammlungen, Picknicks usw. Die Corona-Pandemie hat vieles davon unterbunden, selbstverständlich wollen wir daran wieder anknüpfen sobald dies möglich ist. Politische Bildung ist ein fester Bestandteil einer aktiven Mitgliederpartei. Hier müssen wir wieder besser werden. Wir wollen wieder verstärkt die eigenen Potenziale im Land hierfür nutzen, aber auch auf Kompetenz der Bundesebene und unserer Partner:innen, wie etwa das Kommunalpolitische Forum oder die Rosa-Luxemburg-Stiftung stärker zurückgreifen.

Die Geschäftsstellen der Partei und DIE LINKE in den Parlamenten sind wichtige Kraftzentren, in denen die meisten Ressourcen konzentriert sind. Die Wahlniederlagen haben bittere Konsequenzen auf allen Ebenen; wir verlieren Abgeordnete, Mitarbeiter:innen, Büros, Wissen, Geld und Zeit. DIE LINKE steht vor einer enormen Kraftanstrengung, gemeinsam Strukturen zu erhalten oder zu ersetzen. Unsere Abgeordneten stehen dabei immer in einer besonderen Verantwortung. Die Abgeordneten stehen zur Partei und die Partei steht zu den Abgeordneten, die unsere öffentlichen Gesichter sind. Eine wesentliche Aufgabe besteht für DIE LINKE in der Herstellung von kritischer Öffentlichkeit und Sichtbarkeit: Lautsprecher zu sein für unterrepräsentierte Interessen und Gruppen. Wir zeigen auf, was schief läuft im Land. Und wer dafür verantwortlich ist. Und wie man zusammen aktiv wird. Wir machen soziale Verwerfungen transparent, eben auch denen, die nicht davon betroffen sind. Damit ist mehr gemeint als Gegen-Öffentlichkeit in den eigenen Kanälen. Es geht darum, die eigenen Konzepte verstehbar und zustimmungsfähig zu machen, auch außerhalb der eigenen Twitterblase. In einer Gesellschaft, in der es so gut wie keine Transparenz über das enorme Vermögen von Superreichen gibt, bleibt vielen unklar, was an der Reichensteuer dringlich ist. Wir brauchen Konzentration bei unseren Themen und bei unserer Ansprache. Es macht einen Unterschied, ob wir eine Rentenreform fordern, oder auch konkrete Vorschläge zur Umsetzung machen und dabei gute Erfahrungen anderer Länder in Europa mit auf den Tisch legen. Viel gewonnen wäre, wenn Genoss:innen über linke Politik in ihrem jeweiligen Kontext erzählen, analog und digital. Lassen wir von uns hören, eben auch bei unseren Erfolgen im Gemeinderat. Nur so kann das Wechselspiel aus organisierter und individueller Kommunikation funktionieren.

DIE LINKE wird vielfältiger, bei uns und bundesweit. Bündnispolitik ist oft bereits ganz selbstverständliche Praxis derer, die als Aktivist:innen zu uns kommen, besonders auch im Jugendverband. In konkreten Kämpfen, in gemeinsamen Protesten erleben Menschen politische Kraft. Dort fangen sie an, sich im besten Fall für DIE LINKE zu interessieren. DIE LINKE in Sachsen-Anhalt ist aktiv in Bündnissen gegen den Lehrermangel und gegen Kinderarmut, für kostenfreie Kitas. Wir sind wieder Teil der Studierendenproteste in Halle, dem Kampf ums Krankenhaus in Gardelegen und Havelberg, der Lohn- und Tarifstreiks im Osten. Wir haben bundesweit organisierte Kompetenz, Erfahrung und Menschen mit Ideen. Die Zusammenarbeit sowohl im Land als auch mit der Bundesebene soll wieder stärker werden. Wir reden nicht mehr so viel über Berlin, Magdeburg oder den ländlichen Raum, wir fahren hin oder laden zu uns ein. Auch in Sachsen-Anhalt machen wir Haustürwahlkampf, Sozialberatung und mobile Sprechstunden. Probieren wir aus, bevor wir kritisieren. Hören wir denen zu, die es praktizieren. Wir müssen Neues lernen und organisieren: Wenn wir digitale Angebote ausweiten, dann ohne diejenigen abzuhängen, denen es an Technik oder Praxiserfahrung fehlt.

Wir machen Politik auf allen Ebenen. Wir fördern die fachliche Arbeit, den Austausch und die Vernetzung von Mitgliedern, Arbeitsgemeinschaften und Kommunalpolitiker:innen. In den kommunalen Räten verwenden viele von uns ihre Zeit und Kraft, noch neben der Erwerbs-

arbeit. Lasst uns mehr darüber reden: Unsere Arbeit muss sichtbarer werden. Die Europa- und Kommunalwahlen werden die nächste Bewährungsprobe für DIE LINKE. In den kommenden Jahren stehen zudem Oberbürgermeister:innen- und andere herausgehobene Wahlen in Sachsen-Anhalt an. Der Erfolg von Silvia Ristow in Bernburg hat uns gezeigt, wir sind erfolgreich mit Verankerung, Kompetenz und Vertrauen vor Ort. Die Kreisvorstände verständigen sich mit dem neuen Landesvorstand über die Ansprache von Kandidat:innen sowie die inhaltlichen Schwerpunkte für die Kommunalwahlen. Die auch für Nichtmitglieder offenen Listen und die parteiübergreifende Unterstützung von Bewerbungen zu herausgehobenen Personewahlen bleiben dabei wichtige Instrumente.

Brücken schlagen

Wir müssen aufhören, Zielgruppen und Sozialräume gegeneinander zu diskutieren. Wir sagen, Hartz IV muss weg, aber eben auch, dass zehn Millionen Menschen mehr verdienen als einen Armutslohn und eben auch, dass gut bezahlte Facharbeiter:innen und Angestellte steuerlich entlastet werden müssen. Wir wissen, dass höhere Parkgebühren erst dann sozial und ökologisch wirken, wenn der Bus regelmäßig fährt. Die Frage gleichwertiger Lebensverhältnisse ist relevant für Ost und West, Stadt und Dorf, Mann und Frau, Bürger:in und Mensch. Das Thema Ost kann anschlussfähig sein in den Westen, weil Diskriminierung beides ist: eine Frage ökonomischer und kultureller Herabsetzung. Ein Viertel der bundesdeutschen Bevölkerung hat migrantische Wurzeln. Fast zehn Millionen Menschen dürfen nicht einmal den Bundestag wählen. Wir fordern ein modernes Staatsbürgerrecht, genauso wie mehr Ostdeutsche und Frauen in Spitzenfunktionen. Wir sehen, wer in der Bundesrepublik mit Niedriglöhnen abgespeist wird, ein Drittel (!) der Beschäftigten im Osten, ein Viertel im Westen, dort vor allem Frauen und Migrant:innen. Im Bundestag hat DIE LINKE den höchsten Anteil an Menschen mit Migrationsgeschichte aller Fraktionen. Damit sind wir näher dran an den Veränderungen dieser Republik als viele andere. Wir sind die Partei für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Das wird so bleiben. Wir blicken nicht mit kalter Schulter auf andere herab. Wir wollen ein Europa, das keine Kinder vor einem Grenzzaun erfrieren lässt. Wir reden nicht einer Rente das Wort, die in die Armut führt. Wir stopfen uns nicht die eigene Tasche voll, indem wir in der Pandemie Provisionen für Masken kassieren. Wir werben nicht mit dem „Land der Frühaufsteher“, wenn Leute früher aufstehen müssen, um stundenlang zur Arbeit zu pendeln.

Wir stehen für eine Gesellschaft ohne Angst; für ein Land, das die Freiheit des anderen genauso schätzt wie die eigene.

Dafür kämpft DIE LINKE. **Macht mit.**